



„Soziale Dimension Europas“
Veranstaltung zur Europawoche am 6. Mai 2013
im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen.



„Soziale Dimension Europas“ Rede anlässlich der Europawoche am 6. Mai 2013

von **Guntram Schneider**, Minister für Arbeit, Integration und
Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

(es gilt das gesprochene Wort)



Meine Damen und Herren, liebe Beschäftigte,

es ist gut, dass wir uns einmal jährlich im Rahmen einer Europawoche mit den Errungenschaften aber auch mit den Herausforderungen der EU beschäftigten. Europa als großes, der Demokratie verpflichtendes Friedensprojekt, aber auch als ökonomisches Projekt in globalisierten Märkten hat das wahrlich verdient.

Ich fürchte das diesjährige Motto „Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ klingt allerdings wenig aussagekräftig. Denn was treibt die Bürger Europas, die Bürger in Deutschland und Nordrhein Westfalen um, wenn sie heute an Europa denken?

Aktuell geht es vornehmlich um Krisen. Eine Immobilienkrise hat sich zur Bankenkrise und zu Staatskrisen entwickelt. Und nachdem Milliardendefizite und drohende Staatsbankrotte in Ländern mit Eurowährung sich häufen, erleben wir in Europa eine Debatte, die wieder Trennendes in den Fokus rückt. Es wird darüber geklagt, dass unsere Steuergelder zur Rettung von Staaten eingesetzt werden, denen es scheinbar nur unzureichend gelingt, die eigenen Probleme zu lösen. Man spricht von Misswirtschaft und mangelnden Steuereintreibungssystemen.

In den Krisenländern gibt es Wut gegen Europa, wenn Sozialnormen abgesenkt werden und Arbeitslosigkeit um sich greift. Um es klar zu sagen: Die Verhältnisse in Europa sind nicht so, wie wir uns das wünschen. Sie sind nicht so, dass man auch in einer Europawoche nicht in feierlichen Worten Europa preist.

Alle Themen unseres Hauses sind mit Europa verbunden. Vieles stärkt uns und gibt einen guten Rahmen für unser Handeln vor. Aber – immer deutlicher wird auch: Europa bleibt unter seinen Möglichkeiten, wenn es darum geht, Europa sozial gerecht auszugestalten und den sozialen Zusammenhalt der Menschen in Europa zu stärken.

Was wir in Deutschland und NRW im Rahmen der Armuts und Reichtumsberichterstattung schon zur Kenntnis nehmen mussten, ist auf europäischer Bühne ein drängen des Problem. Wir haben in Europa eine dramatische soziale Spaltung, die dazu führt, dass es eine Abkehr von Europa und der europäischen Idee gibt. Und insbesondere in den Krisenländern ist die Kluft zwischen europäischen Sozialnormen und der Realität so gravierend geworden, dass es niemand verwundert, dass gerade dort die Glaubwürdigkeit des europäischen Projektes besonders bedroht ist.

Sozial und Lohnabbau in den Krisenländern, hohe Arbeitslosigkeit, besonders die Jugendarbeitslosigkeit, und damit einhergehende soziale Verwerfungen haben historische Ausmaße erreicht. In Spanien ist jeder 2. unter 25 arbeitslos, insgesamt liegt die Arbeitslosigkeit aktuell bei über 27 Prozent. In Irland oder Italien, in der Slowakei oder in Litauen sind immerhin ein Drittel der jungen Menschen ohne Arbeit. Das ist ein katastrophaler Befund, über den man nicht zur Tagesordnung übergehen kann.



Wobei ich hier hinzufügen muss: Fragezeigen hinsichtlich der sozialen Dimension Europas sind nicht erst jetzt in der Krise zum allerersten Mal aufgetaucht. Die Frage, ob wir nur optimale Produktionsstandorte wollen oder einen optimalen Lebensraum für alle Bürgerinnen und Bürger, durchzieht die Debatte über Europa seit langer Zeit. Sicher brauchen wir konkurrenzfähige Produktionsstandorte. Aber Konkurrenzfähigkeit darf nicht durch Sozialdumping herbeigeführt werden. Wer einen solchen Prozess organisiert, spaltet die Gesellschaft und spielt prekäre Beschäftigung gegen vernünftige Arbeitsbedingungen aus.

**Meine Damen und Herren, um das klarzustellen:
Europa ist für uns unverzichtbar.**

Denn die nordrhein westfälische Wirtschaft exportierte im Januar 2013 Waren im Wert von 15 Milliarden Euro, davon Waren im Wert von 9,5 Milliarden Euro in die Länder der Europäischen Union. Ohne Europa gäbe es bei uns weniger Arbeitsplätze und sinkende Einkommen. Und schließlich ist die Friedenskraft, die von Europa ausgeht, mehr als eine Phrase: Sie ist Fundament unserer Gesellschaft.

Aber in solchen Zahlen und Fakten erschließt sich die Bedeutung Europas nicht. Das ist nur eine Seite der Medaille. Europa braucht eine starke soziale Komponente. Gerade jetzt in Krisenzeiten ist ein Vertrauensverlust in die soziale Kraft Europas verheerend. Deshalb brauchen wir nicht nur eine Debatte über die Soziale Dimension Europas – wir brauchen auch konkrete Veränderungen, die Europa mit einer neuen sozialen Perspektive verbinden.

Insbesondere muss die Entwicklung der europäischen Rechtsprechung, die derzeit zugunsten des Binnenmarktes und auf Kosten der Arbeitnehmerrechte geht, gestoppt werden. Diese Tendenz ist am Beispiel der Entsenderichtlinie ganz deutlich sichtbar.

Deshalb habe ich in Brüssel, mit Bundesratsanträgen und im Rahmen der europäischen Richtertagung hier im Konferenzzentrum eine soziale Fortschrittsklausel im Lissabon Vertrag gefordert. Damit wäre klar, dass sozialen Grundrechten Vorrang vor reinen Marktinteressen gewährt werden muss.

Es geht darum, in welchem Europa wir leben wollen!

Robert Schumann, einer der Gründerväter der europäischen Integration, hat gesagt: „Europa muss sich eine Seele schaffen. Europa muss wieder ein Wegweiser für die Menschheit sein.“

Und genau das wird derzeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise bei den „rettenden Schirmen“ vergessen. Europa kann langfristig aber nur gelingen, wenn Europa sozialer und demokratischer wird und nicht nur als Binnenmarkt und Wachstumszone, sondern als Schutzgemeinschaft für die Bürgerinnen und Bürger erlebt wird. Denn Europa ist vor allem eine Vereinigung der Menschen, zumal die soziale Dimension von Anfang an in Europa verankert war.



Bereits die Römischen Verträge von 1957 enthielten Sozialkapitel. Und mit dem aktuellen Vertrag von Lissabon (2009) bekennt sich die Europäische Union zur „sozialen Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt“.

Und Europa hat auch viel spürbar Positives für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger gebracht. Dabei sind das grenzüberschreitende Arbeiten mit Anerkennung von Berufsqualifikationen und Alterssicherungen zu nennen. Aber auch, dass Reisen ohne Kontrolle und Wechselstuben vollzogen werden und dass Bürger günstiger im Ausland telefonieren können.

Allerdings ist durch rein marktwirtschaftliche Entwicklungen ein Ungleichgewicht entstanden, was auch die Regelungen zu den Bodenabfertigungsdiensten zeigen. Diese gehen vor allem auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um Missbrauch zu verhindern bedarf es selbstverständlich neben den angesprochenen Veränderungen auch nationaler Regulierungen.

Ich kann Ihnen sagen, es gibt in diesem Lande immer noch Zeitgenossen, die davon ausgehen, dass im Arbeitsrecht die Bundesrepublik in der EU führend sei, was Regelungen angeht. Beim Thema Zeitarbeit wird deutlich, dass dies schon längst nicht mehr so ist. Die Zeitarbeit ist in vielen unserer Nachbarländern, z.B. in Frankreich und den Benelux Staaten, weitaus besser reguliert als bei uns.

Erst kürzlich hat Belgien bei der EU Kommission die Ausbeutung von Arbeitskräften in deutschen Unternehmen kritisiert und eine Beschwerde eingereicht. Fehlende Mindestlöhne, Mini Jobs und die Ausbeutung vieler Arbeitnehmer bei uns führen nach Ansicht der belgischen Regierung zu unlauterem Wettbewerb in der EU und bedrohen belgische Unternehmen, vor allem in der Fleischindustrie.

Wir setzen deshalb auf der Bundesebene weiterhin auf entsprechende Regulierungen – gerade Freitag haben wir dort den Antrag zur Guten Arbeit in den Bundesrat eingebracht, in dem all dieses angesprochen wird. Vor allem geht es uns darum, die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit an gleichem Ort durchzusetzen. Zudem kämpfe ich weiter für die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes, den es ja in 21 von 27 Ländern in der Europäischen Union gibt.

Wir sehen also, auch arbeits- und sozialrechtlich nimmt die Bedeutung der Europäischen Union zu. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch angesichts der krisenhaften Erscheinungen keine Abkehr von der Europäischen Union fordern, sondern das Gegenteil tun. Wir werden aus der Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die vorhandenen Probleme nur über ein Mehr an europäischer Politik gestalten können. Aber dies muss eben sozialstaatlich verpflichtend passieren.



Wir brauchen ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Funktionalität und einem ausreichenden Schutzniveau für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich gehe sogar soweit und sage: Der Arbeitnehmerschutz muss Vorrang haben vor einer Politik, die dazu führt, die Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union zu erhöhen. Nur so können wir den europäischen Gedanken und die europäischen Grundwerte angemessen zur Geltung bringen.

Was wir überwinden müssen, ist die Vorstellung von einem Europa, das international erfolgreicher ist, je ausgedünnter die Sozialsysteme sind. Wenn von der Modernisierung der Sozialsysteme die Rede ist, sollten alle roten Lampen an gehen.

Richtiger ist: Wettbewerbsfähigkeit entsteht nicht gegen soziale Sicherungssysteme, sondern soziale Sicherheit ist für uns Vorbedingung auch für ökonomischen Erfolg. Alles was wir hier im Hause unter der Überschrift Faire Arbeit, Integration, Inklusion und Soziale Gerechtigkeit entwickeln, entspricht diesem Geiste.

Meine Damen und Herren,

eine aktuelle und besorgniserregende Herausforderung vieler Kommunen ist die Armutszuwanderung aus osteuropäischen Mitgliedstaaten.

Auch hier kann es einfach nicht sein, dass die Europäische Kommission die Strukturen in den Herkunftsländern für den Erhalt der finanziellen Unterstützungen zur Integration der Ärmsten nicht besser begleitet. Ich habe die Europäische Kommission dazu aufgefordert. Natürlich sind wir auch dabei, vor Ort Maßnahmen zu entwickeln um diese Menschen zu unterstützen.

- Wir setzen uns für eine Europäische Sozialunion als inhaltliche Alternative zur derzeitigen Europapolitik mit einem europäischen Rahmen von sozialen Mindeststandards ein.
- Wir wollen die Schaffung eines Sozialen Stabilitätspakts, der verbindlich für eine finanzielle Mindestausstattung der nationalen Sozialsysteme in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sorgt.
- Wir treten für den Schutz der Arbeitnehmerrechte statt einer extensiven Auslegung der Grundfreiheiten ein.
- Und wir sind der Meinung, dass eine echte soziale Revision der Arbeitnehmerentsenderichtlinie, die sicherstellt, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gilt, notwendig ist.

Wenn wir an die europäische Idee glauben, dürfen wir nicht akzeptieren, dass Beschäftigte die Verlierer sind. Die Europäische Union hat im letzten Jahr den Friedensnobelpreis erhalten. Zum Friedensauftrag gehört auch die Wahrung des sozialen Friedens. Daher muss die soziale Dimension Europas gestärkt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Herausgeber

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Fon: 0211 855 3152
Fax: 0211 855 3211
www.mais.nrw.de
info@mais.nrw.de

Fotos

Nicole Maletzki

Druck

Hausdruck

Gestaltung

liniezwei GbR, Düsseldorf

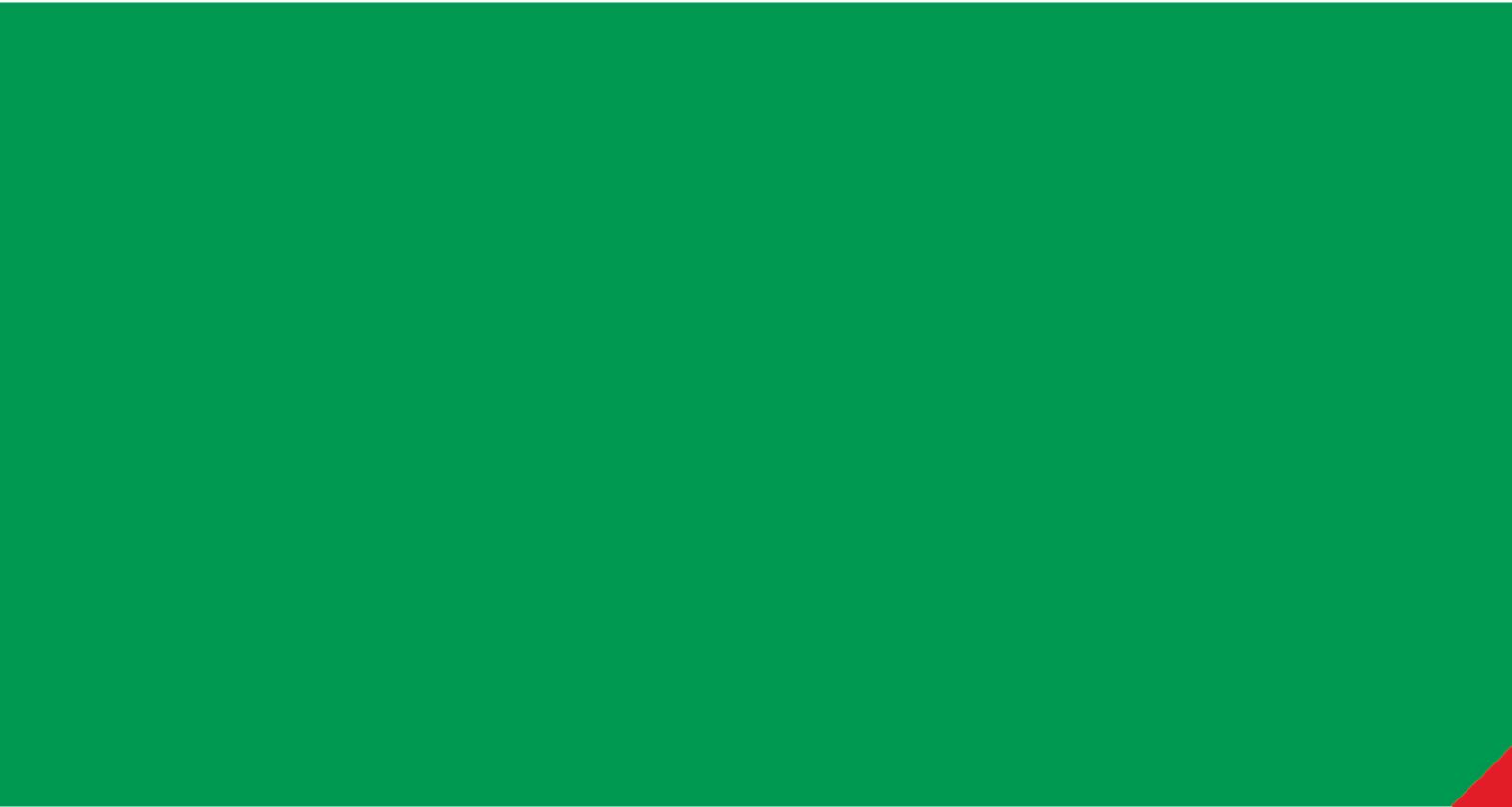
Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Düsseldorf, September 2013

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben politischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein Westfalen

Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Fax: 0211 855 3211

info@mais.nrw.de
www.mais.nrw.de